Ressort: Politik

Staat gibt Milliarden für Berater aus

Berlin, 25.01.2019, 19:42 Uhr

GDN - Der Staat gibt jährlich rund drei Milliarden Euro für Unternehmensberater aus. Das schätzt Dietmar Fink, Professor für Unternehmensberatung und -entwicklung an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Allein in den vergangenen sieben bis acht Jahren habe sich das Gesamtvolumen ungefähr verdoppelt, berichtet der "Spiegel" in seiner aktuellen Ausgabe. Die Zahl deckt sich mit den internen Schätzungen der großen Beraterfirmen. Wie viel Geld allein die Bundesregierung ausgibt, ist unbekannt. Ein verlässlicher offizieller Überblick fehlt. Laut des Berichts des "Spiegel" lässt sich die Bundesregierung etwa bei ihren Digitalisierungsvorhaben umfassend von Beratungsfirmen unterstützen und gibt dafür immense Summen aus. So fließen 47 Millionen Euro für das Vorhaben, bis zum Jahr 2022 über ein Bürgerportal insgesamt 575 Verwaltungsleistungen online anzubieten, an Consulting-Unternehmen. Allein knapp 20 Millionen Euro erhält ein Unternehmen für Beratungsleistungen rund um das sogenannte Onlinezugangsgesetz. Ein weiteres Vorhaben, in dem massiv externe Berater eingesetzt werden, ist die Modernisierung der Bundesnetze ("IT-Konsolidierung Bund"). Für dieses kriselnde Großprojekt flossen in den Jahren 2016 und 2017 laut Bundesinnenministerium bereits mehr als 36 Millionen Euro an Beratungsfirmen. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sieht den Einsatz von Beratern insgesamt kritisch, verteidigt aber ihren Einsatz in Sachen Digitalisierung. Gerade in IT-Projekten sei der Einsatz von Externen oft sinnvoll, da es sich um zeitlich befristete Aufgaben in spezialisierten Bereichen handele, sagt Seehofer dem "Spiegel". Experten könnten die Arbeit von Beamten und der Verwaltung jedoch immer nur ergänzen. "Im BMI werden derzeit viele neue Stellen geschaffen, etwa im Bereich Digitales. Das geschieht auch, damit wir die vor uns liegenden Aufgaben möglichst aus eigener Kraft bewältigen können." Äußerst kritisch bewertet Markus Klimmer den Berater-Boom, er hat in Deutschland für McKinsey einst das Geschäft mit der öffentlichen Hand ("Public Sector") maßgeblich aufgebaut. "Die Verwaltung wurde kaputtgespart, die ministerielle Seele ist weg", sagt der Ex-McKinsey-Mann. Der Politik bleibe kaum noch eine andere Wahl, als sich auf Berater zu verlassen. "Das System ist pervertiert", so Klimmer. "Das Public-Sector-Geschäft ist so groß geworden, dass es die Hasardeure anzieht."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-119045/staat-gibt-milliarden-fuer-berater-aus.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619